Marie Chahrour, Hanna Lichtenberger, Jeremias Staudinger

KLIMASOZIALSTAAT UND ARMUTSSENSIBLE BETEILIGUNG: STRATEGIEN ZUR EINBEZIEHUNG ARMUTSBETROFFENER MENSCHEN IN DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

ZUSAMMENFASSUNG

Im Beitrag werden die negativen Folgen der Klimakrise für Armutsbetroffene sowie deren Exklusion aus (klima-)politischen Entscheidungsprozessen thematisiert. Darauf aufbauend werden armutssensible Kommunikations- und Beteiligungsformate vorgestellt, die Mitsprache bei Klimathemen ermöglichen sollen. Abschließend plädieren wir dafür, Fragen der sozialen Ungleichheit wieder stärker ins Zentrum politischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu stellen und Partizipationsmöglichkeiten für vulnerable Gruppen im Kontext der sozial-ökologischen Transformation zu stärken.

- Armutsbetroffene Menschen tragen wenig zur Klimakrise bei, nehmen diese aber sehr stark wahr und sind am meisten von ihren Folgen betroffen.
- Klimapolitik ohne breite Beteiligung verschärft Ungleichheiten, armutssensible Kommunikations- und Beteiligungsformate können helfen, vulnerable Gruppen einzubinden.
- Ein Klimasozialstaat muss strukturelle Machtasymmetrien anerkennen und abbauen – durch Partizipation, soziale Ausgleiche und klimaresiliente soziale Infrastruktur.

ABSTRACT

The article discusses the negative consequences of the climate crisis for people affected by poverty and their exclusion from (climate) policy-making processes. Building on this diagnosis, it introduces poverty-sensitive communication and participation formats designed to enable meaningful voice in climate debates. We conclude by arguing that issues of social inequality must be re-centered in policy responses to the climate crisis and that participation opportunities for vulnerable groups should be strengthened in the context of socio-ecological transformation.

- People affected by poverty contribute little to the climate crisis, are very aware of it and are most affected by its consequences.
- Climate policy without broad participation exacerbates inequalities; poverty-sensitive communication and participation formats can help to include vulnerable groups.
- A climate welfare state must recognise and reduce structural power asymmetries – through participation, social compensation mechanisms, and climate-resilient social infrastructure.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 59–69

1 KLIMA UND ARMUT

> *„Wir haben keinen Balkon, auf den wir ausweichen können. Wenn ich koche, heizt sich die Wohnküche noch mehr auf. Die Wohnung ist eigentlich zu klein und zu eng und dadurch auch zu heiß, aber wir können uns gerade nichts Größeres leisten."* (Frau Mayer)[1]

Frau Mayer sitzt an ihrem Esstisch in Leonding, während sie mit der Sozialarbeiterin telefoniert. Frau Mayer ist eine von 1,3 Millionen Menschen, die in Österreich unter der Armutsgefährdungsschwelle leben (Statistik Austria 2025). Ihre Lebensqualität bewertet sie im Gespräch mit einem „Nicht genügend". Frau Mayer lebt nicht allein auf den 46 Quadratmetern ihrer Wohnung. Sie ist alleinerziehende Mutter eines Schulkindes.

Die Klimakrise stellt sich auch in Österreich als multiple Bedrohungslage dar und zeigt sich in verschiedenen Dimensionen: unter anderem im Bereich der Biodiversität, durch veränderte Niederschlagsmuster, bei Hitze und anderen Extremwetterereignissen oder beispielsweise durch Gletscherschmelzen oder Murenabgänge (BMK 2024b). Die Erde hat sich im Zeitraum von 2011 bis 2020 im Vergleich zu 1850 bis 1900 um 1,1 °C erwärmt (IPCC 2023). In Österreich beträgt die durchschnittliche Erwärmung seit 1900 sogar rund 3,1 °C (APCC 2025). Im Jahr 2023 lag die Zahl der Hitzetoten in Österreich bei 486 (BMK 2024c). Die Auswirkungen sind in allen Lebensbereichen spürbar: im Bereich der Gesundheit und des Wohlbefindens, bei der Arbeit, in vielen wirtschaftlichen Sektoren wie etwa im Tourismus und in der Landwirtschaft, in der Schule, im Stadt- und Landschaftsbild. Sie können auch im eigenen Wohnraum zur Belastung werden, etwa durch Hochwasser oder Hitze.

Klimakrise und soziale Ungleichheit stehen in einem engen wechselseitigen Verhältnis. Zur Klimakrise tragen nicht alle im gleichen Ausmaß bei – und die Auswirkungen betreffen nicht alle Menschen gleich. Studien zeigen sowohl global (Gore 2020) als auch spezifisch für Österreich (Tölgyes 2023), dass die reichsten Bevölkerungsschichten wesentlich höhere Emissionen verursachen, während Bevölkerungsgruppen mit geringem Vermögen verhältnismäßig wenig emittieren und dadurch nur wenig zur Klimakrise beitragen (IPCC 2022).

Umgekehrt treffen die negativen Effekte der Klimakrise Armutsbetroffene stärker als Wohlhabende – global gesehen, aber auch in Österreich selbst. Insbesondere armutsbetroffene Menschen sind überdurchschnittlich stark von den negativen Folgen der Erderwärmung betroffen, da ihnen die materiellen, sozialen und infrastrukturellen Ressourcen fehlen, um sich wirksam an Umweltverschmutzung und klimabedingte Extremereignisse wie Hitze oder Hochwasser anzupassen bzw. sich vor deren negativen Auswirkungen zu schützen (APCC 2023; Armutskonferenz 2023; Aigner et al. 2023a). Besonders vulnerabel sind hierbei Kinder aus Familien mit Armutserfahrungen (Wettach/Albers/Herbst 2023; IPCC 2022; Aigner et al. 2023a; BMK 2024a). In Österreich sind mehr als 1,5 Millionen Menschen von Armut oder materieller/sozialer Ausgrenzung bedroht, darunter 344.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (Statistik Austria 2025).

Armutsbetroffene Menschen sind häufig von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und verfügen über wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten (Lessenich 2019; Zandonella/Ehs 2021) – auch in klimapolitischen Fragen. Um diesem Umstand zu begegnen, führte die Volkshilfe Österreich im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität,

1 IV/2007/1 vom 20. Juli 2022 (vgl. Aigner et al. 2023, o. S.).

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 59–69

Innovation und Technologie (BMK) ein Forschungs- und Beteiligungsprojekt durch.[2] Um die Situation Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeter im Zusammenhang mit der Klimakrise zu verstehen und zu verbessern, ist es notwendig, sie selbst nach ihren Erfahrungen, Einstellungen und Sichtweisen zu fragen. Die Betroffenen sind Expert:innen ihrer eigenen Lebenswelt, weshalb sie vor allem selbst Auskunft über Problemlagen und Unterstützungsbedarfe geben können. Daher wurden im Projekt 100 armutsbetroffene Personen befragt. Weiters wurden armutssensible Beteiligungsformate für Auseinandersetzungen im Umwelt- bzw. Klimakontext entwickelt und erprobt (BMK 2024a). Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse des Forschungsprojekts präsentiert sowie fünf Kommunikations- und Beteiligungsformate vorgestellt, die exemplarisch zeigen, wie die Involvierung armutsbetroffener Menschen in Klimakontexten aussehen könnte. Den Abschluss des Textes bildet eine Reflexion aktueller Klima- und Sozialpolitiken vor dem Hintergrund der (Sozialen) Arbeit der Volkshilfe Österreich.

2 UMFRAGE ZU KLIMABELASTUNGEN UND ANPASSUNGSMÖGLICHKEITEN ARMUTSBETROFFENER HAUSHALTE

Die Umfrage unter 100 Klient:innen der Volkshilfe aus ganz Österreich zeigt, wie stark armutsbetroffene Haushalte aufgrund von Klimafolgen belastet sind (BMK 2024a, 10–21; BMK 2024d, 16–23). Nahezu 80 % der Befragten geben an, Auswirkungen der Klimakrise stark oder sehr stark im eigenen Alltag zu spüren. Für die Mehrheit der Befragten äußert sich die Klimakrise vor allem durch extreme Hitze, aber auch stark schwankende Temperaturen und plötzliche Wetterumschwünge werden als spürbare Klimawandelfolgen genannt.

In den Umfrageergebnissen zeichnen sich neben physischen auch psychische Belastungen aufgrund der Klimakrise ab, die sich wiederum durch die Armutslage verstärken. Aus Sicht der Befragten machen sich die Klimawandelfolgen im eigenen Leben vor allem auf gesundheitlicher Ebene bemerkbar. Viele berichten von Kreislaufproblemen, Erschöpfung oder Müdigkeit während Hitzewellen, wobei Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder anderen gesundheitlichen Herausforderungen besonders belastet sind, wie diese Befragte berichtet:

> *„Ich ertrage die Hitze nicht. Aufgrund meiner Behinderung bin ich auf Krücken angewiesen. Das ist bei Hitze viel anstrengender."* (IV 39)[3]

Neben den klimabedingten körperlichen Auswirkungen werden in der Umfrage auch die psychischen Folgen der Klimakrise für Armutsbetroffene deutlich. Zahlreiche Befragte fühlen sich den Wetterveränderungen schutzlos ausgeliefert und sehen aufgrund der Armutslage keine Handlungsspielräume für Anpassungsmaßnahmen. Immer wieder wird beispielsweise geschildert, (unter anderem) aufgrund der Hitzebelastung gerne die Wohnung wechseln zu wollen, dies aber aus finanziellen Gründen nicht tun zu können. Auch die Anschaffung von technischen Hilfsmitteln zur Kühlung und die Flucht aus der heißen Wohnung durch einen Ausflug oder Urlaub sind finanziell nicht möglich. Diese eingeschränkten Anpassungsmöglichkeiten werden als zusätzliche psychosoziale Belastung im Hinblick auf die Klimakrise erlebt.

---

2 Die Broschüre „Perspektiven armutsbetroffener Menschen auf die Klimakrise. Wege zu einer armutssensiblen Klimakommunikation" (BMK 2024d) bietet einen Überblick über die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Projekt. Im Detail sind die Umfrage- und Projektergebnisse im Endbericht des Projekts „Betroffen von der Klimakrise" (BMK 2024a) nachzulesen.

3 Die angeführten direkten Zitate von armutsbetroffenen Personen stammen aus den offenen Fragen, die im Rahmen der genannten Umfrage erhoben wurden (BMK 2024a). Das gesammelte Datenmaterial wurde aus Gründen der Anonymisierung nicht zur Gänze veröffentlicht.

Unter den Klient:innen der Volkshilfe macht sich die überwiegende Mehrheit Sorgen aufgrund der Entwicklungen des Klimas. In der Umfrage geben 77 % der Befragten an, angesichts der Klimakrise besorgt oder sehr besorgt zu sein. Gleichzeitig stellt für die Mehrheit der Befragten nicht die Klimakrise, sondern finanzielle Herausforderungen die größte Sorge dar, wie das folgende Zitat einer Umfrageteilnehmerin verdeutlicht:

> *Was ist in Ihrem Leben gerade Ihre größte Sorge?*
> *„Dass ich mir die Wohnung nicht mehr leisten kann; dass ich den Kühlschrank nimmer auffüllen kann; dass ich keine Unterstützung mehr bekomme."* (IV 65)

Aus der Vermischung von unmittelbaren armutsbedingten Zukunfts- und Existenzängsten mit allgemeiner Klimaangst ergibt sich eine besonders große Sorgenlast aufgrund der Klimakrise. Diese erhöhte Sorgenlast kann als armutsspezifische Klimawandelfolge bezeichnet werden.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zeigt sich unter Menschen, die von Armut betroffen sind, ein besonders hohes Problembewusstsein für die Klimakrise. In einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2023 gaben auf die Frage, wie ernst das Problem der Klimakrise sei, 82 % der Österreicher:innen einen Wert zwischen 5 und 10 an, wobei 10 „sehr ernst" meint (European Commission 2023). Bei Armutsbetroffenen gaben auf dieselbe Frage 91 % einen Wert zwischen 5 und 10 an. Dies lässt die Vermutung zu, dass armutsbetroffene Menschen die Auswirkungen der Klimakrise womöglich bereits stärker spüren und daher ein höheres Problembewusstsein dafür haben.

Den Befragten wurden diverse Klimawandelfolgen genannt, woraufhin die Mehrheit angab, sich vor extremer Hitze am schlechtesten geschützt zu fühlen. Als Grund dafür wird fast immer die eigene Wohnsituation genannt. Viele Befragte sehen Mängel bei der Isolierung der eigenen Wohnung sowie fehlenden Schatten in der unmittelbaren Wohnumgebung als Hauptursache an. Auch fehlende finanzielle Mittel für bauliche Veränderungen werden als Grund für die mangelnden Anpassungsmöglichkeiten an die Hitze genannt. Stattdessen schildern viele unterschiedliche Strategien, wie sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen, die Wohnung – so gut es geht – vor Hitze zu schützen, wie etwa diese Befragte beschreibt:

> *„Ich habe Vorhänge gesammelt und doppelt genäht, das schützt vor Hitze und Kälte. Gebe alte Decken vor die Fenster zur Isolierung und habe eine Autofolie auf das Fenster geklebt, bei dem die Sonne am meisten reinscheint."* (IV 26)

Zusätzlich zu den Belastungen und Anpassungsmöglichkeiten wurden auch die Möglichkeiten der Teilnehmenden abgefragt, selbst klimafreundlich zu handeln. Deutlich wurde dabei, dass insbesondere in den Bereichen Energie und Mobilität aufgrund der prekären ökonomischen Situation ein äußerst geringer Emissionsausstoß besteht. Beispielhaft hierfür ist etwa die Freizeitmobilität der Befragten: 90 % geben an, in den letzten fünf Jahren nicht oder überhaupt noch nie mit einem Flugzeug geflogen zu sein, weil es die finanzielle Situation nicht erlaubt. Ähnlich verhält es sich beim Thema Energieverbrauch. Aus ökonomischen Gründen sind die Teilnehmenden auf einen extrem bewussten Energiekonsum angewiesen. 95 % geben an, im Alltag oft oder immer zu versuchen, Energie zu sparen.

Die Ergebnisse der Befragung machen nicht nur die besonderen Belastungen armutsbetroffener Menschen in der Klimakrise sichtbar, sondern unterstreichen auch die Notwendigkeit, ihre Stimmen systematisch in klimapolitische Prozesse einzubinden. Aufbauend darauf wurden im Projekt partizipative Formate entwickelt, die genau dies ermöglichen sollen.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 59–69

3 STRATEGIEN FÜR ARMUTSSENSIBLE BETEILIGUNG IM KONTEXT DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION

Aufbauend auf den Umfrageergebnissen führte die Volkshilfe fünf verschiedene Beteiligungsformate mit armutsbetroffenen Menschen durch, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.[4] An den entwickelten Formaten nahmen insgesamt 71 armutsbetroffene Klient:innen der Volkshilfe sowie 22 Stakeholder:innen aus den Bereichen Klima und Soziales teil (BMK 2024a). Je nach Format wurden die Partizipationsmöglichkeiten unterschiedlich gestaltet: beispielsweise, indem besonders vulnerable Gruppen unmittelbar aufgesucht und zu sozial-ökologischen Themen befragt wurden, oder durch die Ermöglichung eines direkten Austausches zwischen politischen Entscheidungsträger:innen und Armutsbetroffenen.

Bei der Gestaltung der Formate wurden vier Grundsätze herangezogen, die als Leitlinien für armutssensibles Handeln sozialer Organisationen im Kontext der Klimakrise dienen (BMK 2024d, 25–27):

- Wissensvermittlung
- Empowerment
- Advocacy
- Klimagerechtigkeit

Im Vordergrund standen somit (a) die Vermittlung von Informationen über Unterstützungsleistungen und Anpassungsmöglichkeiten an armutserfahrene Menschen, (b) die Stärkung der Teilnehmenden durch den Austausch mit anderen Armutsbetroffenen, (c) die Sammlung von Informationen für die anwaltschaftliche und politische Arbeit der Volkshilfe sowie (d) das Aufzeigen von strukturellen Ungleichheiten in Bezug auf Möglichkeiten zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Klimakrise.

Darüber hinaus sind eine wertschätzende und nicht stigmatisierende Sprache, persönliche Einladungen, Aufwandsentschädigungen, Kinderbetreuung und kostenlose Verpflegung zentrale Elemente, um die Beteiligung niederschwellig und armutssensibel zu gestalten. Auch der Umstand, dass ein Vertrauensverhältnis zu den Teilnehmenden besteht und Fachkräfte der Sozialen Arbeit bei den Formaten anwesend waren, spielte eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Formate.

3.1 Fokusgruppe mit Armutsbetroffenen (BMK 2024a, 28–32)

Die Fokusgruppe ist eine bewährte Methode der empirischen Sozialforschung (Schulz 2012), die sich sowohl zur Datenerhebung als auch zum gegenseitigen Austausch unter den Teilnehmenden eignet. Besonders zu Beginn von klima- und umweltbezogenen Projekten empfiehlt sich der Einsatz offener Fragestellungen, um zentrale Themen aus Sicht der Zielgruppe zu identifizieren. Dabei können verschiedenste sozial-ökologische Fragestellungen behandelt werden – etwa Hitzebelastung im Wohnumfeld, Energiearmut oder allgemeine Sorgen im Zusammenhang mit der Klimakrise. Von besonderem Interesse sind die individuellen Bewältigungsstrategien der Teilnehmenden im Umgang mit klimabedingten Belastungen. Frühere Fokusgruppen zeigten, dass viele Klient:innen die Teilnahme als bestärkend empfanden, da ihre Erfahrungen anerkannt wurden und sie die Möglichkeit zum Austausch mit anderen Menschen in ähnlichen

4 Die Durchführung der Beteiligungsformate erfolgte, ebenso wie die genannte Umfrage, im Rahmen des Projekts „Betroffen von der Klimakrise". Im Endbericht des Projekts (BMK 2024a, 23–68) sowie in der zugehörigen Broschüre (BMK 2024d, 25–34) können Details zu den Formaten nachgelesen werden.

Lebenslagen erhielten. Damit knüpft dieses Format auch an grundlegende Prinzipien der Methode der Gruppenarbeit an (Galuske 2013; Wendt 2017).

3.2 Qualitativer Nutzer:innentest (BMK 2024a, 56–62)

Um klimabezogene Informationsmaterialien zielgruppengerecht zu gestalten, ist die Einbindung betroffener Personen unerlässlich. Im Rahmen der Erstellung einer Website zur Bekämpfung von Energiearmut wurde daher ein qualitativer Nutzer:innentest (Verdure o. J.) durchgeführt, der gezielt an die Bedürfnisse armutsbetroffener Menschen angepasst wurde. Dabei bewerteten Teilnehmende sowohl die Nutzer:innenfreundlichkeit der Website als auch ergänzende Informationsmaterialien. Während des Website-Tests wurden sie individuell betreut und unterstützt. Die Ergebnisse wurden anschließend in einer Fokusgruppe diskutiert. Der Einsatz dieser Methode eignet sich besonders zur Entwicklung neuer Informationsangebote, die direkt auf armutsbetroffene Nutzer:innen ausgerichtet sind. Durch ihr praxisnahes Feedback zu Inhalt, Verständlichkeit und Umsetzbarkeit können Maßnahmen verbessert werden, und es wird die Reichweite der Informationen erhöht – was letztlich zur besseren Unterstützung bei Klimaschutz und -anpassung beiträgt.

3.3 Beteiligungsfrühstück (BMK 2024a, 34–42)

Dieses Format bietet einen Rahmen für einen moderierten Austausch zwischen armutserfahrenen Menschen und Vertreter:innen aus dem Klima- und Sozialbereich. Im Mittelpunkt stehen dabei die Sichtweisen und Erlebnisse der Betroffenen im Kontext klimarelevanter Fragestellungen. Die thematische Gestaltung sowie die Impulsfragen lassen sich flexibel anpassen, sollten jedoch stets an den konkreten Lebenslagen und Herausforderungen der Teilnehmenden orientiert sein. Besonders geeignet sind spürbare Auswirkungen der Klimakrise, wie etwa Hitzebelastungen oder Überschwemmungen, oder Themen des sozialen Raumes, wie mangelnde öffentliche Infrastruktur oder eingeschränkte Mobilitätsmöglichkeiten. Charakteristisch für dieses Format ist die Umkehr gewohnter Rollen: Die armutserfahrenen Personen agieren als Expert:innen, während Stakeholder:innen vor allem zuhören und Verständnis für die Lebensrealitäten Armutsbetroffener entwickeln sollen. Ziel ist es, Brücken zwischen sozialen Gruppen zu bauen, die im Alltag kaum Berührungspunkte haben, und so ein vertieftes Bewusstsein für die Realität von Armut in Zeiten der Klimakrise zu fördern. Diese Herangehensweise entspricht dem Konzept der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit, in dem Betroffene als Expert:innen ihrer Lebenswelt verstanden werden (Thiersch 2020).

3.4 Beratungscafé (BMK 2024a, 44–54)

Das Beratungscafé verfolgt das Ziel, unterschiedliche Beratungsangebote miteinander zu verknüpfen und an einem gut zugänglichen öffentlichen Ort bereitzustellen. Dadurch können Menschen mit Unterstützungsbedarf unkompliziert erreicht und mit relevanten Informationen zu Klimathemen versorgt werden. Die Beratung richtet sich flexibel nach den individuellen Anliegen der Teilnehmenden, im Kontext sozial-ökologischer Themen wurde eine Kombination aus Sozial-, Energie- und Klimaberatung angeboten. Die sogenannte Klimaberatung – ein neu entwickeltes Angebot der Volkshilfe – wurde in diesem Rahmen erstmals erprobt: Sie ermöglicht armutsbetroffenen Personen, sich mit Fachleuten über ihre Ängste, Fragen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Klimakrise auszutauschen. Zusätzlich werden praxisnahe

Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 59–69

und armutssensible Tipps zur Anpassung an den Klimawandel gegeben, etwa für den Umgang mit extremen Hitzetagen. Dieses Format zeigt, wie Beratung im Sinne Galuskes (2013) sowohl klimagerecht als auch sensibel gegenüber den Lebenslagen armutsbetroffener Menschen gestaltet werden kann.

3.5 Aufsuchende Klimagespräche (BMK 2024a, 63–68)

Aufsuchende Klimagespräche ermöglichen es, besonders vulnerable und schwer erreichbare Personengruppen (auch: „Hard-to-reach-Klient:innen") direkt aufzusuchen und anzusprechen, etwa in Wohneinrichtungen. Sie orientieren sich an bewährten Ansätzen der aufsuchenden Sozialen Arbeit, wie etwa Streetwork (Galuske 2013, 292–298). In offenen, moderierten Gesprächsrunden tauschen sich die Teilnehmenden über ihre Erfahrungen mit den Auswirkungen der Klimakrise aus. Wie Fokusgruppen dient auch dieses Format sowohl dem gegenseitigen Austausch als auch der Erhebung relevanter Daten. Darüber hinaus können dabei wichtige Informationen über Unterstützungsangebote und Anpassungsmöglichkeiten vermittelt werden – insbesondere an Gruppen, die anderweitig nur schwer Zugang zu solchen Inhalten finden. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Betreuungspersonal vor Ort ist hierbei essenziell. Entscheidend für den Erfolg ist außerdem, dass die Gesprächsinhalte konkret an die Lebensrealitäten der Teilnehmenden anknüpfen. Im Projektkontext wurde diese Methode in einer Einrichtung für armutsbetroffene Frauen umgesetzt, wobei der Schwerpunkt auf ihren Erfahrungen mit Energiearmut lag.

Die vorgestellten Formate machen deutlich, wie armutssensible Beteiligung im Kontext der sozial-ökologischen Transformation praktisch umgesetzt werden kann – und welche Voraussetzungen es dafür braucht. Doch um diese Ansätze über Einzelprojekte hinaus langfristig zu verankern, braucht es politische Rahmenbedingungen, die soziale Gerechtigkeit als zentrales Ziel klimapolitischer Maßnahmen anerkennen.

4 AUSBLICK

Die Klimakrise und ihre Bearbeitung müssen immer im Kontext ungleicher gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstanden werden: Wer verursacht die Klimakrise? Wer bezahlt ihre Bearbeitung? Wer hat die Konsequenzen zu tragen? Wer oder was wird reguliert?

Die Interessen einkommensschwacher Haushalte finden bei der Auseinandersetzung mit diesen Fragen und bei der Umsetzung von Policys kaum Berücksichtigung. Dass Armutsbetroffene aktuell wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten im formellen (und informellen) politischen Prozess haben, lässt sich auch anhand aktueller Beispiele der Klimapolitik darstellen, wie wir im Folgenden zeigen.

Abschaffung des Klimabonus

Ein anschauliches Beispiel in Österreich dafür ist die Abschaffung des Klimabonus. Dessen Streichung hat für wenig Aufsehen gesorgt, schließlich spielten die bis zu 290 Euro pro Person und Jahr für den Großteil der Bevölkerung keine existenzielle Rolle. Für Armutsbetroffene, insbesondere Familien, handelte es sich hingegen um eine wichtige Einkommensquelle. Das unterste Einkommensdezil hat dadurch knapp 2 % des verfügbaren Haushaltseinkommens verloren, während das oberste Dezil gerade einmal 0,3 % verloren hat (Jüngling 2025). Dies stellt nicht

nur angesichts der in den letzten Jahren in Österreich ohnehin stark gestiegenen Preise – insbesondere bei billigen Lebensmitteln (Arbeiterkammer Wien 2025) – und der grundsätzlich geringen finanziellen Möglichkeiten eine zusätzliche Belastung dar, sondern auch deshalb, weil die Preise vieler Güter durch die CO_2-Steuer auch die nächsten Jahre zusätzlich weiter steigen werden. Letzteres ist zwar Sinn und Zweck einer solchen Steuer, jedoch sollte die Verteuerung von Verschmutzung durch Emissionen aus einer klima*sozialen* Perspektive jene mit hohen Emissionen treffen, die aufgrund ihrer hohen Einkommen ihren Konsum flexibel an veränderte Preisrelationen anpassen können. Auf einkommensschwache Haushalte trifft all dies nicht zu: Sie weisen vergleichsweise geringe Emissionen auf und müssen ihre Einkommen vollständig zur Deckung der Grundbedürfnisse aufwenden. Deshalb haben diese Haushalte kaum finanziellen Spielraum sowie mangelnde Anpassungsmöglichkeiten bei ihrem Konsum, und Preissteigerungen verursachen hohen finanziellen Druck. Beim (Über-)Konsum sozioökonomisch besser gestellter Gruppen ist die Internalisierung der Kosten für Emissionen hingegen gerechtfertigt und sinnvoll. In ihrer aktuellen Ausgestaltung ohne sozialen Ausgleich wirkt die CO_2-Steuer aber regressiv, belastet Haushalte mit kleinen Einkommen relativ betrachtet also stärker (Premrov et al. 2025), obwohl diese signifikant weniger Pro-Kopf-Emissionen aufweisen als Haushalte mit mittleren und höheren Einkommen.

Klimasoziale Maßnahmen

Auch hinsichtlich der Anpassung an die Folgen des Klimawandels fehlt es bei zahlreichen Maßnahmen an der sozial gerechten Ausgestaltung, beispielsweise in Bezug auf Hitze. Während zwar zunehmend öffentliche konsumfreie und kühlende Räume geschaffen werden (z. B. „Coole Zonen" der Stadt Wien), gibt es trotz eines Anstiegs der Zahl der Hitzetage keine Maßnahmen für die Kühlung der eigenen vier Wände. Einkommensschwachen Haushalten – die überproportional von Hitze betroffen sind (APCC 2025) – fehlen aber die Mittel, um sich selbst zu schützen, z. B. durch das Anbringen von Außenjalousien, thermische Sanierungen oder die Installation von Kühltechnik (Fernkälte, reversible Wärmepumpen etc.). Zwar wird für manches eine Förderung zur Verfügung gestellt, für Personen und Haushalte mit niedrigem Einkommen stellt dies aber vor allem aufgrund zweier Aspekte keine wirksame Unterstützung dar: Erstens wohnen sie überwiegend zur Miete – 2024: 64 % (Statistik Austria 2025, 56) – und können somit gar nicht über bauliche Maßnahmen in ihrer Wohnung entscheiden, und zweitens basieren Förderungen in der Regel auf dem Prinzip Vorkasse, wofür aber die finanziellen Mittel fehlen. Selbst eine 100%ige Förderung wird somit wirkungslos. Angesichts der Klimaprognosen für Österreich (APCC 2025), die eine starke Zunahme von Hitzetagen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vorhersagen, sollte aus klimasozialer Perspektive angedacht werden, ob neben einer Verpflichtung der (zumindest gewerblichen) Vermieter:innen zu thermischen Sanierungen Mietwohnungen zukünftig zusätzlich zu Heizung, Badezimmer, Küche und WC auch mit Kühlsystemen bzw. Beschattung ausgestattet sein sollten.

Die Beispiele verdeutlichen, dass sich die Lebensrealitäten von Politiker:innen, Journalist:innen und Wissenschaftler:innen in der Regel signifikant von jenen Armutsbetroffener unterscheiden, sodass ohne die Einbindung Letzterer in Entscheidungsprozesse, Policy-Ausgestaltung etc. klimasoziale Maßnahmen, die tatsächlich alle Bedürfnisse berücksichtigen, nur schwer möglich sind. Eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit durch Klimapolitik führt zu Widerstand gegen diese, wie beispielsweise die Gelbwesten-Proteste in Frankreich eindrücklich gezeigt haben, wo die geplante Einführung einer CO_2-Bepreisung ohne Rückverteilung bei gleichzeitiger Abschaffung einer Vermögenssteuer und einer allgemein gefühlten Ungerechtigkeit zu heftigen Aus-

schreitungen geführt hat (Gagnebin et al. 2019).[5] Aber selbst innerhalb von politischen Protestbewegungen sind Personen mit geringem Einkommen tendenziell unterrepräsentiert, was als „protest gap" beschrieben wird (Rodon/Guinjoan 2018). Umso wichtiger ist es deshalb, Armutsbetroffene als Expert:innen für ihre eigene Lebenslage aktiv und nicht nur pro forma in die Gestaltung klimasozialer Maßnahmen miteinzubeziehen. Entgegen aktuellen Entwicklungen plädieren wir deshalb dafür, Fragen der sozialen Ungleichheit wieder stärker ins Zentrum politischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise zu stellen und Partizipationsmöglichkeiten für vulnerable Gruppen im Kontext der sozial-ökologischen Transformation zu stärken.

BIBLIOGRAFIE

Aigner, Ernest/*Lichtenberger,* Hanna/*Brugger,* Katharina/*Schmidt,* Andrea (2023a). Armutsgefährdete Kinder in der Klimakrise: Betroffene, Anpassung und soziale Infrastruktur. Endbericht von StartClim2022.A. In: *BMK/BMWFW/Klima- und Energiefonds/Land Oberösterreich* (Hg.). StartClim2022: Schlüsselmaßnahmen, Messbarkeit und Notfallszenarien. Wien.

Aigner, Ernest/*Lichtenberger,* Hanna/*Ranftler,* Judith/*Schmeißl,* Sonja (2023b). „Es ist wie in einer Sauna": Die Betroffenheit armutsbetroffener Kinder und ihrer Familien durch die Klimakrise und sozialpolitische Antworten. Soziales Kapital 27, 79–99. Online verfügbar unter https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/view/779/1461 (abgerufen am 02.09.2025).

APCC – Austrian Panel on Climate Change (2023). APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg, Springer Spektrum.

APCC – Austrian Panel on Climate Change (2025). Second Austrian Assessment Report on Climate Change (AAR2). Wien, Austrian Academy of Sciences Press.

Arbeiterkammer Wien (2025). AK Preismonitoring Wien. Warenkorb mit 40 Lebens- und Reinigungsmitteln – Preisvergleich der billigsten erhältlichen Produkte in Wiener Supermärkten und bei Diskontern. Wien, Verlag Arbeiterkammer Wien.

Armutskonferenz (2023). Es brennt. Armut bekämpfen, Klima retten. Norderstedt bei Hamburg, BoD-Verlag.

BMK – Bundesministerium für Klimaschutz (2024a). Betroffen von der Klimakrise. Ein Projekt zur Perspektive von armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen auf die Klimakrise und deren Folgen. Wien, Bundesministerium für Klimaschutz.

BMK – Bundesministerium für Klimaschutz (2024b). Der Klimawandel und seine Folgen. Online verfügbar unter https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/umwelt_und_klima/klima_und_umweltschutz/Seite.1000200 (abgerufen am 20.08.2025).

BMK – Bundesministerium für Klimaschutz (2024c). Mehr als 47.000 Hitze-Tote 2023 in Europa. Online verfügbar unter https://infothek.bmimi.gv.at/mehr-als-47-000-hitze-tote-2023-in-europa/ (abgerufen am 20.08.2025).

5 Ortiz et al. (2022) kommen in einer Analyse von Protesten weltweit zwischen 2006 und 2020 zu dem Ergebnis, dass mangelnde politische Repräsentation sowie ökonomische Gerechtigkeit und Anti-Austeritätsmotive zu den häufigsten Beweggründen für Protest zählen.

BMK – Bundesministerium für Klimaschutz (2024d). Perspektiven armutsbetroffener Menschen auf die Klimakrise. Wege zu einer armutssensiblen Klimakommunikation. Wien, Bundesministerium für Klimaschutz.

European Commission (2023). Special Eurobarometer on climate change, country factsheet Austria. Special Eurobarometer 538. European Commission.

Gagnebin, Murielle/*Graichen,* Patrick/*Lenck,* Thorsten (2019). Die Gelbwesten-Proteste: Eine (Fehler-)Analyse der französischen CO_2-Preispolitik. Berlin, Agora Energiewende.

Galuske, Michael (2013). Methoden der Sozialen Arbeit. Weinheim/Basel, Beltz.

Gore, Tim (2020). Confronting Carbon Inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery. Oxfam.

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2022). Summary for Policymakers. In: *IPCC* (Hg.). Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge (UK)/New York (US), Cambridge University Press, 5–33.

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2023). Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Genf, Intergovernmental Panel on Climate Change.

Jüngling, Leonard (2025). Klimabonus-Abschaffung trifft vor allem Haushalte mit geringen Einkommen. Online verfügbar unter https://www.momentum-institut.at/grafik/klimabonus-abschaffung-trifft-vor-allem-haushalte-mit-geringen-einkommen/ (abgerufen am 20.08.2025).

Lessenich, Stephan (2019). Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Stuttgart, Reclam.

Ortiz, Isabel/*Burke*, Sara/*Berrada,* Mohamed/*Cortés,* Hernán Saenz (2022). World Protests: A Study of Key Protest Issues in the 21st Century. Cham CHE, Palgrave Macmillan.

Premrov, Tamara/*Prinz,* Nicolas/*Six,* Eva (2025). Abschaffung des Klimabonus – Einkommensverluste treffen insbesondere untere Einkommensgruppen hart. A&W-Blog vom 23.01.2025. Online verfügbar unter https://www.awblog.at/klima-energie/Abschaffung-Klimabonus-trifft-untere-Einkommensgruppen (abgerufen am 20.08.2025).

Rodon, Toni/*Guinjoan,* Marc (2018). Mind the Protest Gap: The Role of Resources in the Face of Economic Hardship. PS – Political Science & Politics 51 (01), 84–92. https://doi.org/10.1017/S1049096517001809.

Schulz, Marlen (2012). Quick and easy!? Fokusgruppen in der angewandten Sozialwissenschaft. In: Marlen *Schulz*/Birgit *Mack*/Ortwin *Renn* (Hg.). Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft. Von der Konzeption bis zur Auswertung. Wiesbaden, Springer VS, 9–22.

Statistik Austria (2025). Tabellenband EU-SILC 2024 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2022 bis 2024. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien, Statistik Austria.

Thiersch, Hans (2020). Lebensweltorientierte Soziale Arbeit – revisited. Weinheim, Beltz Juventa.

Tölgyes, Joel (2023). Reichstes Zehntel verursacht ein Drittel der Emissionen. Momentum Institut. Online verfügbar unter https://www.momentum-institut.at/news/emissionsungleichheit/ (abgerufen am 20.08.2025).

Verdure (o. J.): Wie Sie einen Usability-Test für Ihre Website durchführen können. Online verfügbar unter https://www.verdure.de/magazin/design/website-usability-test-durchfuehren/ (abgerufen am 20.08.2025).

Wendt, Peter-Ulrich (2017). Lehrbuch Methoden der Sozialen Arbeit. 2. Aufl. Weinheim, Beltz Juventa.

Wettach, Christof/*Albers,* Maria/*Herbst,* Antje (2023). Kinder vor den Folgen der Klimakrise schützen. Ein Positionspapier der AG Pädiatrie bei KLUG. Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit.

Zandonella, Martina/*Ehs,* Tamara (2021). Demokratie der Reichen. Soziale und politische Ungleichheit in Wien. Wirtschaft und Gesellschaft 47 (1), 63–101. https://doi.org/10.59288/wug471.51.